

„Europa hat seine Bewährungsprobe noch vor sich“

Der Unternehmertag 2009 stand ganz im Zeichen Europas, fand er doch nur zwei Tage nach der Europawahl statt. LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun wies in seiner Rede darauf hin, dass Rheinland-Pfalz die drittgrößte Exportquote aller deutschen Bundesländer hat: 65 % der Exporte gehen in EU-Länder, 66 % aller Importe kommen von dort. Daher schien die Frage: „Was tut Europa für die Wirtschaft? – aktueller und drängender denn je.“

Für die Beantwortung dieser Frage hat die LVU – unter der Moderation des SVR-Vizepräsidenten Gerhard Hohmann – eine kompetente Runde gewinnen können: BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Kettel, Wirtschaftsminister Hendrik Hering und LVU-Präsident Dr. Braun. Hier nun Auszüge aus der Podiumsdiskussion:

Gerhard Hohmann: Kann es sein, dass wir in dieser Krise bisher von der europäischen Union zu wenig gehört haben?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Kettel: Ich weiß, dass viele die Hoffnung hatten, Europa würde in der Krise zum Beispiel große Rettungspakete auflegen. Ich halte das aber für richtig, dass Europa sich darauf beschränkt hat, diese Rettungspakete in erster Linie zu koordinieren – wenn das auch nicht voll gelungen ist. Für die nächsten Monate gilt aus meiner Sicht, dass wir eine vernünftige Regulierung der Märkte brauchen, die aus dem Ruder gelaufen sind. Es reicht nicht aus, den Banken zu sagen, sie sollen sich in Zukunft etwa so verhalten wie öffentliche Sparkassen. Ich glaube nicht, dass der Banker, der bis vor Kurzem noch hochkomplizierte Produkte in London entwickelt hat, in Zukunft Sparbücher ausschreibt und Immobilienkredite ausreicht. Wir müssen aufpassen, dass wir das ganze Szenario nicht wieder neu aufmachen. Deshalb glaube ich, Europa hat, was das anbetrifft, die wirkliche Bewährungsprobe noch vor sich.

Hohmann: England ist zum Beispiel derzeit massiv gegen eine Verschärfung der Finanzaufsicht, da merken sie also

europäisches Unternehmen und eine Rettung von Opel muss vernünftig koordiniert werden. Es kann nicht sein, dass wir jetzt zu Lasten belgischer oder anderer Standorte versuchen, Opel in Deutschland zu retten und andere fallen hinten runter.

Hohmann: Wenn wir in Deutschland den Fall Opel diskutieren, vergessen wir oft, dass die Franzosen ganz locker zu Anfang der Krise ohne große Diskussion sechs Milliarden Euro als zinslosen Kredit in die französische Automobilindustrie gepumpt haben.

Kettel: Das geschieht übrigens nicht nur in Europa, wir müssen auch sehen was sich auch weltweit tut. 60 Milliarden Staatsgeld in die amerikanische Automobilindustrie sind doch auch eine Wettbewerbsverzerrung. Wir tun ja immer so als wäre das in den USA mehr oder weniger die knallharte klare Linie. Wir müssen dafür sorgen, dass das was in Frankreich völlig selbstverständlich ist, dass die besten politischen Kräfte nach Brüssel gehen, dass das auch in Deutschland in Zukunft der Fall ist. Wir müssen darüber nachdenken, wer der beste Kommissar ist und nicht, wer möglicherweise im Oktober in der deutschen Politik überflüssig sein könnte.

Hohmann: Herr Dr. Braun wie sieht es aus? Was hätte sich die Wirtschaft in dieser Krise von Europa eher erwartet?

Dr. Gerhard F. Braun: Die Koordinierung dieser verschiedenen Maßnahmen war in der Tat nicht optimal. Nehmen sie zum Beispiel Opel. Opel ist ein

Hering: Absolut! Wir nehmen in Deutschland Brüssel und die EU-Kompetenzen nicht ernst genug. Was in anderen Staaten nachvollziehbar ist, dass die besten Nachwuchskräfte der Verwaltung eine Station in Brüssel absolvieren haben müssen, ist in Deutschland für eine Karriere im öffentlichen Dienst eher schädlich. Denn, wenn sie einige Jahre in Brüssel tätig waren, sind sie eben nicht mehr in die Netzwerke involviert, die eine Karriere in Deutschland ermöglichen. Wir müssen zu einem Umdenken kommen und müssen in der Tat die besten Leute mit nach Brüssel senden.

Hohmann: Herr Dr. Braun, wenn sie sich den Wettbewerb in Europa ansehen – wie zufrieden sind sie mit dieser Brüsseler Politik?

Braun: Für den deutschen Mittelstand ist Europa als Wächter darüber, dass der Wettbewerb nicht durch Subventionen und sonstige Stützungsmaßnahmen total verzerrt wird, wichtig. Es ist vielleicht sogar die wichtigste Aufgabe. Europa wird mit wichtigen Erwartungen überfrachtet, die es nicht erfüllen kann. Aber diese Funktion, dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb nicht verzerrt wird zwischen den Ländern oder auch in den Ländern – da sollte Europa auch noch mehr gestärkt werden.

Hohmann: Herr Prof. Kettel, wir erleben Europa im Augenblick als wahr-

sinnig konsensorientiert. Kann es auch daran liegen, dass wir diese niedrigen Wahlbeteiligungen haben?

Kettel: Europa hat das strukturelle Problem, dass die Erweiterung vor der Vertiefung gelaufen ist. Damit haben wir ein Abstimmungsproblem in Europa, solange der Lisabon-Vertrag nicht ratifiziert ist. Die Menschen spüren, dass die Mechanismen, wie man in Europa zu Entscheidungen kommt mit der Erweiterung der EU nicht besser geworden sind. Ich will aber eins noch dazu sagen: Das hört sich jetzt vielleicht, weil wir im Moment alle Europa etwas verteidigen, so an, dass wir mit allem einverstanden sind, was dort passiert. Es gibt aber natürlich auch viele Entscheidungen in Europa, Reach oder die Klimaaufgabe beispielsweise, bei denen wir ganz klar drauf achten müssen, dass wir nicht einseitig belastet werden. Wir müssen aber auf noch etwas achten: Die europäischen Gesetze gelten ja bei uns in der Regel nicht eins zu eins. Wir sind nun auch noch Welmeister darin, Dinge die aus Europa kommen, die uns ohnehin schon stören, dann noch etwas störender für uns umzusetzen. Wir müssen dann schon vorsichtig sein, dass wir nicht Europa für Dinge in Anspruch nehmen, die wir eigentlich national entscheiden.

Hohmann: Herr Dr. Braun, muss man sich als regionaler Verband über seinen nationalen Verband nicht auch noch weitaus stärker in Brüssel einbringen?

Braun: Ich lade gerne alle in das Haus der Deutschen Wirtschaft in Brüssel ein. Wir sind dort ganz gut vertreten. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir unmittelbar vor uns eine weitere solche Entscheidung haben, die auf uns einen Rieseneinfluss haben kann, die aber auch so etwas im Schutze der Verdunklung daher kommt: Es geht dabei um die Frage der Sammelklagen, etwas was wir aus den USA kennen. Das ist einer dieser kleinen klassischen Fälle, wo man aufpassen sollte, dass wir nicht das übernehmen, was dort schon Unternehmen ein Schweinegeld gekostet hat und was hier in Deutschland erhebliche Probleme bereiten würde.

Braun: Ja. Ich glaube, da müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen. Wir als Wirtschaft und wir als Verbände sind uns teilweise nicht bewusst, welchen Einfluss Europa auf uns, auf die nationale Gesetzgebung und letztlich dann auf uns als Wirtschaft hat. Ich nehme mal das Allergemeine Gleichstellungsgesetz. Als es in den europäischen Gremien diskutiert wurde, war es uns nicht bewusst, was da auf uns zurollt. Wir haben viel zu spät versucht, die Dinge zu korrigieren. Wir müssen da aufmerksamer werden.

Hohmann: Übrigens sind sie da kein Einzelfall. Ich kann mich erinnern, dass auch der Wecker bei der chemischen Industrie in Sachen Reach relativ spät geklingelt hat. Als man dann in der Spur gewesen ist, hat man gerade noch mit Vollgas die Kurve gekriegt. Ist das ein Punkt, bei dem wir in Sachen Brüssel noch weitaus stärker et was tun müssen, Herr Prof. Kettel?

Kettel: Ich lade gerne alle in das Haus der Deutschen Wirtschaft in Brüssel ein. Wir sind dort ganz gut vertreten. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir unmittelbar vor uns eine weitere solche Entscheidung haben, die auf uns einen Rieseneinfluss haben kann, die aber auch so etwas im Schutze der Verdunklung daher kommt: Es geht dabei um die Frage der Sammelklagen, etwas was wir aus den USA kennen. Das ist einer dieser kleinen klassischen Fälle, wo man aufpassen sollte, dass wir nicht das übernehmen, was dort schon Unternehmen ein Schweinegeld gekostet hat und was hier in Deutschland erhebliche Probleme bereiten würde.

